

Indien vor den Wahlen -

Die Ausgangslage zum Jahreswechsel 1996/97

Für die politischen Rahmenbedingungen in Indien im Jahre 1997 waren durch die Ende April/Anfang Mai 1996 durchgeführten Wahlen zur Lok Sabha, dem Unterhaus, und die darauf folgende Entwicklung entscheidende Akzente gesetzt worden.¹⁾ Diese Wahlen waren, trotz aller Problematik im einzelnen, ein Ausdruck der demokratischen Kultur, die sich Indien seit Erlangung der Unabhängigkeit erworben hat. Die grundsätzliche Struktur der indischen Parteienlandschaft²⁾ als facettenreiches Mehrparteiensystem mit zwei Parteien – dem Congress (I) und der Bharatiya Janata Party (BJP) – sowie den Linksböcken und einer Reihe von Regionalparteien als Hauptkomponenten bestimmte den Wahlausgang. Als Ergebnis der Wahlen mußte der Congress (I) eine schwere Niederlage hinnehmen, die National Front mit der Janata Dal (JD) an der Spitze und die Left Front unter Führung der beiden kommunistischen Parteien Communist Party of India – Marxist (CPI/M) und Communist Party of India (CPI) büßten ebenfalls Stimmen ein, während verschiedene Regionalparteien an Bedeutung gewannen. Demgegenüber stieg die BJP in der Wählergunst und wurde, im Hinblick auf die Proportion Wählerstimmen-Parlamentssitze zusätzlich begünstigt durch das Mehrheitswahlsystem Indiens, die am stärksten vertretene Einzelpartei in der Lok Sabha.

Eine am 15. Mai 1996 gebildete BJP-Minderheitsregierung unter Atal Behari Vajpayee (72) überlebte jedoch nur knapp zwei Wochen und bereits am 28. Mai 1996 beauftragte der damalige indische Präsident Sharma den Chief Minister (Ministerpräsidenten) des Unionsstaates Karnataka und Führer der unterdessen aus der Janata Dal, Linksparteien und einigen Regionalparteien konstituierten United Front (UF), H.D. Dewe Gowda, die neue indische Regierung zu bilden. Diese Koalition von 13 Parteien erreichte das Vertrauensvotum in der Lok Sabha am 12. Juni 1996 und ihre am 5. Mai 1996 veröffentlichte programmatische Basis trägt den Titel *The United Front – A Common Approach to Major Policy Matters and a Minimum Programme*. Darin wird betont, daß das Wahlergebnis eindeutig für die Formierung einer säkularen, liberalen und demokratischen Koalitionsregierung votiere und daß die UF eben diesen Grundsätzen entspreche und die ganze Vielfalt Indiens repräsentiere. Im Hinblick auf Liberalisierung und Wirtschaftsreformen macht das Minimum Programme Aussagen zugunsten von deren Fortführung; Wirtschaftswachstum sei aber mit sozialer Gerechtigkeit zu vereinen.

Die UF stellt ein sehr amorphes und fragiles Bündnis links von der Mitte stehender Kräfte einschließlich der Kommunisten dar, wobei die CPI/M definitiv erklärte, eine UF-Regierung zwar unterstützen, aber selbst keine Regierungsverantwortung tragen zu wollen. Die CPI dagegen trat in die Regierung ein. Die BJP ging in die Opposition, wobei in ihr realistisch denkende, zur Mitte orientierte bzw. tendierende Persönlichkeiten wie Vajpayee hindu-nationalistischen Kräften gegenüberstehen, die das Bündnis mit der rechtsradikalen Shiv Sena, der Rashtriya Swayam-sevak Sangh (RSS) sowie der Vishva Hindu Parishad (Hindu-Weltrat) suchen. Der Congress (I) sicherte der UF-Regierung Unterstützung von außen zu, da ein gemeinsames Interesse an der Fernhaltung der hindunationalistischen und kommunalistischen BJP von der Macht bestehe.

Unter diesen Vorzeichen entstand eine instabile politische Lage, gekennzeichnet dadurch, daß sich die BJP als stärkste Partei im Parlament in der Opposition befand, die am wenigsten im Parlament vertretene Partei, die Janata Dal (JD), an der Spitze der United Front-Koalition die Regierung stellte, und die zweitstärkste Partei im

Parlament, der Congress (I), weder in der Opposition noch an der Macht war, sondern die UF-Regierung 'von außen' unterstützte.

Die Regierung der UF war auf Grund dieser Gegebenheiten in starkem Maße vom Wohlwollen des Congress (I) abhängig und weitgehend handlungsunfähig. Laufende Auseinandersetzungen zwischen beiden spitzten sich im November 1997 erneut zu. Der Congress (I) hatte wissen lassen, daß er im Falle eines Verbleibens der Dravida Mun-netra Kazagham (DMK) in der UF-Regierung seine Unterstützung von außen aufkündigen werde. Die DMK ist eine Regionalpartei, die derzeit im Unionsstaat Tamil Nadu zusammen mit dem Tamil Maanila Congress, einer von G.K. Moopanar und UF-Finanzminister Chidambaram geführten Abspaltung vom Congress (I), an der Regierung ist und der wegen ihrer Nähe zur LTTE (Tamil Tigers) in Sri Lanka eine Verstrickung in das Attentat gegen den früheren Congress (I)-Premierminister Rajiv Gandhi angelastet wird.

Für einen solchen Fall meldeten sowohl der Congress (I) als auch die BJP Ansprüche auf die Regierung an, gebebe-nenfalls auch über den Weg durch Neuwahlen. Viele politische Beobachter hatten schon bald nach den Wahlen 1996 prognostiziert, daß die UF-Koalition über kurz oder lang, wahrscheinlich jedoch im Verlaufe oder bis Ende 1997, an ihren inneren Widersprüchen zerbrechen und/oder wegen des Entzugs der Unterstützung durch den Con-gress (I) scheitern werde und daß Neuwahlen – obwohl alle Parteien das Risiko, aber auch den unpopulären Auf-wand scheuten – unvermeidlich sein würden. Diese Situation trat unterdessen tatsächlich ein: Der Congress (I) entzog schließlich der UF-Regierung im November 1997 endgültig die Unterstützung von außen und Neuwahlen wurden für Februar/März 1998 ausgeschrieben.

Budgetdiskussion und relative Stärkung der Regierung Gowda

Die politische Entwicklung 1997 war zunächst durch die Auseinandersetzungen um das Budget für 1997/98 charakterisiert. Zur Eröffnung der 1997er Budgetsitzung des indischen Parlamentes (es gibt drei Sitzungsperioden: die Monsun-, die Winter- und eben die Budgetsitzung) erklärte der damalige indische Präsident Shanker Dayal Sharma am 20. Februar 1997 vor dem versammelten Ober- und Unterhaus in der traditionellen Präsidentialerklärung, die – wie die Thronrede der britischen Königin – als offizielle Stellungnahme der jeweiligen Regierung verlesen wird, daß Indien durch eine konstruktive und pragmatische Außenpolitik Resultate erzielt und hinsichtlich der inneren Sicher-heit, der ökonomischen Entwicklung und der Schaffung von Arbeitsplätzen Fortschritte erreicht habe. Indien sei bereit, einen Dialog mit der neuen Regierung in Pakistan zu führen, die Konfrontation zu beenden und harmonische Bezie-hungen und dauerhaften Frieden mit Pakistan zu erreichen. Andererseits sei es jedoch im Bedarfsfall in der Lage, das für seine Sicherheit notwendige Rüstungspotential bereitzustellen. Die Wirtschaft sei im Aufschwung begriffen und habe einen hohen Zuwachs in Landwirtschaft und Industrie erzielt. Der Zurückdrängung der Korruption im öffentlichen und politischen Leben müsse größte Aufmerksamkeit geschenkt werden, die Staatsverschuldung sei trotz gebremster Inflation zu hoch, Subventionen u.a. für Grundnahrungsmittel (vor allem Weizen und Reis) für alle über der sogenannten Armutsgrenze lebenden Einwohner (das sind offiziell gegenwärtig 63 Prozent, von denen jedoch wiederum ein beträchtlicher Anteil ebenfalls als sehr arm zu gelten hat) müßten abgebaut werden und es sei unum-gänglich, die ebenfalls subventionierten Benzin- und Dieselpreise beträchtlich zu erhöhen.

Gegen Subventionsabbau wandten sich wichtige Koalitionspartner der UF selbst, darunter vor allem die CPI und die von außen die Koalition unterstützende, in West-Bengalen an der Macht befindliche und dort aus wirtschafts-pragmatischen Gründen sehr liberalisierungsfreundlich auftretende CPI-M. Die jeweiligen Grundmotive dabei waren vor allem, daß CPI und CPI/M verhindern mußten, ihre Wählerschaft zu verunsichern. Die BJP versuchte, über den Subventionsabbau besorgte Mitte- und Rechtskräfte im Parlament an sich zu ziehen, um die UF-Regie-rung zu stürzen. Der Congress (I) war bestrebt, die Situation dazu zu nutzen, die UF-Regierung unter fester Kon-trolle halten und den Boden für die erneute Regierungsübernahme zu bereiten.

In diesem Zusammenhang steht, daß das Congress Working Committee (CWC) – das engere Führungsgremium des Congress (I) – auf seiner Sitzung am 16. Februar 1997 beschloß, ab sofort von einer generellen Unterstützung des Congress (I) für die UF-Regierung (*unconditional support*) zu einer fallweisen Unterstützung (*issue-based support*) überzugehen. Congress (I)-Präsident und Fraktionsführer Sitaram Kesri wurde ermächtigt, dies den Führern der UF mitzuteilen und späterhin entsprechende Schritte zu unternehmen. Dies war als Maßnahme zu werten, die UF-Regierung in erhöhte Abhängigkeit vom Congress (I) zu bringen, und als erster Schritt einer Rücknahme jeder Unterstützung für sie durch den Congress (I) zu einem für ihn geeigneten Zeitpunkt. Die offizielle Resolution dieser Sitzung griff die acht Monate im Amt befindliche UF-Regierung in scharfer Form an, die Kräfte des Säkularismus' nicht konsolidiert und dem Kommunalismus Vorschub geleistet sowie keine konsequente Wirtschaftspolitik betrieben zu haben.

Diese Sitzung des CWC war gleichzeitig Schauplatz von Angriffen der Anhänger des ehemaligen Premierministers, Congress (I)-Parteipräsidenten und Fraktionsführers P. Narasimha Rao, auf den derzeitigen Parteipräsidenten Sitaram Kesri, die diesem die Verantwortung für das Debakel des Congress (I) in den Wahlen zum Landesparlament des Unionsstaates Punjab vom 8. Februar 1997 anlasteten. Von insgesamt 117 Sitzen gingen 75 an die Akali Dal/Badal, also die Autonomiepartei der Sikhs, 18 an die im Bündnis mit ihr stehende BJP, 14 an den Congress (I), zwei an die CPI, jeweils einer an die BSP und die Akali Dal/Mann sowie sechs an unabhängige Kandidaten. Der Congress (I) verlor damit den Regierungsauftrag. Kesri wich dieser Attacke geschickt aus, indem er gleich am Anfang der Sitzung durch seine Vertrauten einen Vorschlag zur Bildung einer Enquetekommission unterbreiten und annehmen ließ. Auch appellierte er wiederholt an Rao, der ihm jedoch die kalte Schulter zeigte, die alte Freundschaft wiederherzustellen. Dies war nicht verwunderlich, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß Kesris Nominierung als Parteipräsident auf Raos Wunsch zustande kam, Kesri nach seiner Akklamation zum Parteipräsidenten jedoch alles tat, um Rao auch als Fraktionsführer im Parlament abzulösen und die Rao-Anhänger im Parteiapparat zu verdrängen.

Gegen die UF-Regierung machten auch andere Kräfte Front, so der aus dem Unionsstaat Karnataka stammende, einflußreiche und ehemals führende Politiker der Regierungspartei Janata Dal, Ramakrishna Hegde, der in Bangalore eine neue Partei unter dem Namen Lok Shakti (Volkskraft) gründete, die Ende 1997 zu einer Allianz mit der BJP tendierte und sich inzwischen aufgelöst hat. Hegde war infolge seiner Opposition gegen die Nominierung und Wahl seines Parteifreundes H.D. Dewe Gowda zum Premierminister zusammen mit einer Reihe weiterer Politiker 1996 aus der JD ausgeschlossen worden. In einem am 22. Februar 1997 veröffentlichten Interview – damals noch pro Congress (I) – äußerte er die Ansicht, daß dieser seine Unterstützung für die UF-Regierung bis Ende März zurückziehen und den Präsidenten auffordern sollte, den Congress (I) mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Er ging dabei von der Annahme aus, daß der Congress (I) dafür die Unterstützung der Mehrheit der gegenwärtig die UF-Regierung tragenden Parteien bekommen würde, da viele dieser Parteien der JD nur ihre Unterstützung gegeben hätten und in die United Front eingetreten seien, um die BJP von der Regierung fernzuhalten. Eine solche neue Koalition würde jedoch nur für wenige Monate regierungsfähig sein, so daß Neuwahlen zu erwarten seien. Je länger der Congress (I) seine Unterstützung für die UF-Regierung fortsetze, desto nachteiliger sei es für Indien, denn diese Regierung arbeite "unter einem Sauerstoffzelt", also ohne echten Kontakt zu den wirklichen Problemen, habe kein Profil, keinen Zusammenhalt und keinen Führer von "nationaler Statur".

Die Stärke Gowdas und die Überlebensfähigkeit seiner Regierung, die schon zu Beginn ihrer Existenz totgesagt worden war und sich dessenungeachtet als erstaunlich ausdauernd erwies, war aber nicht zu unterschätzen. Auch konnten Gowda sowie der Liberalisierungsbefürworter Finanzminister Chidambaram z.B. auf dem World Economic Forum 1997 in Davos einem hochkarätigen sachkundigen Publikum von Unternehmern, Managern, Politikern und Wissenschaftlern den Eindruck vermitteln, daß die Wirtschaft Indiens in guter Form sei und die Reformprozesse intensiv weitergetrieben würden. Das wurde gestützt durch einen im Februar 1997 veröffentlichten Bericht der Weltbank zu Südasien, der eine ökonomische Erholung Indiens, angetrieben durch

Exporte und Investitionen und begleitet von einer erhöhten einheimischen Akkumulationsrate, sowie einen Anstieg der Produktivität diagnostizierte.

Dem standen allerdings Urteile führender Unternehmer, einflußreicher Verbandsvertreter und indischer Wirtschaftspolitiker (darunter des früheren Finanzministers und Initiators der Wirtschaftsreformen, Manmohan Singh) entgegen, die auf eine Reihe von Faktoren verwiesen, durch die das wirtschaftliche Wachstum gehemmt werde. Diese Faktoren seien vor allem der schleppende Fortgang der Liberalisierung insgesamt, die durch das Kräfteverhältnis im Parlament verursachte allgemeine politische Unsicherheit, das durch die stark gesunkene Wachstumsrate der Industrie verminderte volkswirtschaftliche Wachstum, das nur durch günstige Ergebnisse in der agrarischen Produktion kaschiert werde, ein Ansteigen der Inflationsneigung, Kapitalknappheit und hohe Zinsen sowie eine dadurch bedingte geringe Investitionsbereitschaft sowohl insbesondere der einheimischen Mittelunternehmer als auch ausländischer Investoren.

Wie zur Eröffnung der Budgetsitzung des Parlamentes üblich, legte die UF-Regierung im Februar 1997 den Bericht über das abgelaufene Wirtschaftsjahr 1996/97 (1. April bis 31. März) mit den Empfehlungen für 1997/98 vor.³⁾ Premierminister Gowda sprach sich am 6. März 1997 vor der Rajya Sabha, dem indischen Oberhaus, für den Fortgang der privaten und ausländischen Investitionstätigkeit in Schlüsselsektoren der Wirtschaft aus. In der sich an die bereits erwähnte Rede des Präsidenten vor beiden Häusern des Parlamentes anschließenden einwöchigen Budgetdebatte sagte Gowda weiter, daß es ohne private Investitionen für das Land nicht möglich sei, sich zu entwickeln. Er zeichnete ein düsteres Bild der enormen Probleme, denen sich Indien gegenübersehe, und deren Minderung bzw. Lösung riesige Investitionen erforderten. Man dürfe nicht aus Furcht, das indische Ansehen im Ausland zu schädigen, die harten Realitäten verschweigen. Die Regierung allein sei jedenfalls nicht in der Lage, aus eigener Kraft die gewaltigen Mittel für die Entwicklung des Landes aufzubringen. Private Investitionen müßten für den Fortschritt des Landes und im Interesse der Erringung internationaler Konkurrenzfähigkeit mobilisiert werden. Gowda machte klar, daß es kein Abgehen von der Zulassung massiver privater Beteiligungen in Schlüsselsektoren wie Energie, Telekommunikation und anderen Bereichen der Infrastruktur geben könne. Er verwies in zurückhaltender Weise auf die von seiner Regierung erzielten Leistungen in der Wirtschaftspolitik, unterstrich jedoch gleichzeitig, daß noch viel mehr getan werden müsse. Dabei dürften die Bedürfnisse der Bevölkerungsmassen auf dem Lande niemals aus den Augen verloren werden. Die im Parlament aufgeworfene Frage der Übergabe des Landes an Ausländer und des Verkaufs seines Ansehens sei gegenstandslos. Der einheimischen Industrie werde nach wie vor Schutz gewährt. Jedoch benötige Indien allein für den Energiesektor Investitionen in Höhe von 350.000 Crore indischer Rupien (umgerechnet ca. 170 Milliarden DM), und diese könnten in Indien selbst nicht aufgebracht werden. Mit Blick auf die Linksparteien, die er offensichtlich nicht anzugreifen, sondern anzusprechen suchte, verwies Gowda auf China, das als kommunistischer Staat nicht nur bereit, sondern auch in der Lage gewesen sei, nach Veränderung seiner Wirtschaftspolitik bisher ausländische Investitionen in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar anzuziehen.

Zur Eröffnung einer internationalen Konferenz führender Unternehmensvertreter und Politiker – u.a. nahm der frühere US-Außenminister Kissinger teil –, deren Veranstalter die Asia Society und Dow Jones in Zusammenarbeit mit der Confederation of Indian Industries (CII) waren, wiederholte Gowda diese Gedanken in ähnlicher Weise. Er wies indirekt auf die Vorzüge hin, die Indien als demokratisches Land gegenüber China biete. Das dem Parlament von der UF-Regierung vorgelegte Budget demonstriere Indiens dauerhafte Bindung an die eingeleiteten Reformen. Eine gegenseitig vorteilhafte Zusammenarbeit zwischen Investoren aus entwickelten Ländern und Entwicklungsländern sei vor allem im Infrastrukturbereich notwendig. Finanzminister P. Chidambaram unterstrich auf derselben Konferenz, daß Indien sich bereits „asiatisiere“, d.h. vom asiatischen Experiment lerne, und daß das Land im Jahre 2000 ebenso konkurrenzfähig sein werde wie seine (entwickelten) asiatischen Nachbarn. Der nationale Konsensus über den Reformprozeß vergrößere sich ständig. Nicht zuletzt die regionalen Parteien, die in verschiedenen Unionsstaaten an der Regierung sind, trieben diesen Prozeß voran, und da sie laufend größeren politischen Einfluß im Zentrum gewannen, sei dies ein immer wichtiger werdender unterstützender Faktor für den Reformprozeß.

Die Wirtschaft reagierte positiv auf das von der UF-Regierung vorgelegte Budget und die darin enthaltenen wirtschaftspolitischen Ansichten. Alle großen Unternehmerverbände äußerten sich prinzipiell zustimmend, die Börse reagierte mit Kurssteigerungen. Im einzelnen wurden allerdings einige ernste Besorgnisse, besonders über die vor-gesehenen Zollsenkungen im Zusammenhang mit von der Regierung eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der Welthandelsorganisation WTO, geäußert. Von Seiten der Federation of Indian Chambers of Commerce and Industry (FICCI) wurde auf mögliche katastrophale Auswirkungen solcher Tarifsenkungen zu einer Zeit verwiesen, in der die indische Industrie gezwungen sei, auf ungleicher Grundlage mit ausländischen Anbietern, die zudem nicht selten Dumping betrieben, zu konkurrieren. Die Confederation of Indian Industry unterstrich, daß das derzeitige Zollniveau beibehalten werden sollte, da Tarifsenkungen die Rezession, in der sich die Industrie gegenwärtig befinde, noch verstärken würde. Interessanterweise gibt es in dieser Frage eine unterschwellige Allianz besonders zwischen bestimmten Unternehmergruppen in der verarbeitenden Industrie einerseits und den Linksparteien andererseits, die sich tendenziell gegen ausländische Direktinvestitionen richtet. Andererseits gibt es einflußreiche Wirtschaftskreise und Unternehmensverbände (so die größte regionale indische Handelskammer PHD Chamber of Commerce and Industry New Delhi), die sich für Zollsenkungen aussprechen, da dies der einzige Weg sei, um über verstärkte Konkurrenz im Inland Indien international wettbewerbsfähiger zu machen. Was die Kommunisten angeht, so ließ die im Unionsstaat Westbengalen seit Jahren regierende und dort im Gegensatz zu ihrem Auftreten auf Unionsebene eine reformerische Wirtschaftspolitik betreibende CPI/M, welche die UF-Regierung von außen unterstützt, am 9. März durch ihren einflußreichen Generalsekretär H.S. Surjeet mitteilen, daß der Budgetvorschlag elitär ausgerichtet sei, nicht genügend für die Armen tue und nur den oberen Schichten der Bevölkerung, den großen Unternehmern, den Monopolen und den ausländischen Unternehmen Vorteile bringe. Der Vorschlag sei Ausdruck der engen Verbindungen seiner Verfasser zur Großindustrie und zu den Unternehmerverbänden, benachteilige die Kleinindustrie empfindlich, erhöhe die Arbeitslosigkeit und erlaube den multinationalen Unternehmen, Indien als "Schuttlandeplatz" zu benutzen.

Finanzminister Chidambaram betonte in den Auseinandersetzungen um das Budget, daß er als wirtschaftspolitische Hauptaufgaben der UF-Regierung die Kontrolle der Geldmenge, der Staatsausgaben und der Inflation sowie die effiziente Verwendung der vorgesehenen staatlichen Aufwendungen, die Beherrschung der Probleme in den Sektoren Telekommunikation und Energie (Treibstoffpreise) und Maßnahmen zur Konsolidierung von potentiell leistungsfähigen bzw. strategisch wichtigen Unternehmen des öffentlichen Sektors ansehe. Befürchtungen, daß die Senkung der Einfuhrzölle besonders die einheimische Kapitalgüterindustrie schädige, teile er nicht, da die Importe von Investitionsgütern auf Grund gesteigener Eigenproduktion im letzten Jahr zurückgegangen seien und, nachdem durch den bereits in den Vorjahren für ausländische Anbieter erleichterten Zugang zum inländischen Markt der Konkurrenzdruck gestiegen sei, die indische Industrie mehr und bessere Maschinen und Ausrüstungen anbiete. Auch im Konsumgütersektor sollte der indische Markt zugänglicher werden, wie überhaupt die Importpolitik weiter liberalisiert werden müsse. Insgesamt werde mit den wirtschaftspolitischen Leitlinien des Budgets eine Wachstumsrate von sieben bis acht Prozent angestrebt, wobei mit steigender Wirtschaftsleistung und infolge der vorgesehenen Steuersenkungen mit einer verbesserten Bereitschaft der Menschen zur Steuerzahlung zu rechnen sei. Bisher wären durch die hohen Steuersätze auch 'ehrbare' Leute veranlaßt worden, sich als Steuerzahler 'teilweise oder ganz unehrenhaft' zu verhalten.

Mit dem ausgewogenen und zugleich liberalen Charakter des von ihr vorgelegten Budgets nahm die UF-Regierung ihren politischen Opponenten zunächst den Wind aus den Segeln. Finanzminister Chidambaram gelang es schließlich, mit dem wesentlich seiner Initiative zu verdankenden und von ihm direkt gesteuerten Budgetvorschlag sowohl die Industrie und die Mittelschichten als auch die wichtigsten Meinungsmacher in den Medien von den Qualitäten der von der UF-Regierung betriebenen Wirtschaftspolitik zu überzeugen. Darin lag die politische Bedeutung dieses Budgetvorschlags, denn die UF-Regierung entrann dadurch der vom Congress (I) mit dem Übergang von der generellen zur fallweisen Unterstützung heraufbeschworenen Gefahr des Scheiterns. Nach der Unterbreitung des Budgets wurde jedoch die Fortsetzung der Obstruktion gegen die UF-Regierung im

Congress (I) selbst als kontraproduktiv eingeschätzt. Der Congress (I) könne ein eindeutig reform- und liberalisierungsorientiertes wirtschaftspolitisches Programm schließlich nicht angreifen, ohne sich selbst und seine Rolle als Auslöser der 1991 eingeleiteten Liberalisierung in Frage zu stellen. Der Congress (I) habe zur Zeit weder die notwendige Unterstützung im Parlament noch die Kraft, Neuwahlen zu bestehen, da er es nicht geschafft habe, den abgespaltenen Tamil Maanila Congress unter G.K. Moopanar und Chidambaram zurückzuholen, was allerdings von Anfang an kaum realistisch gewesen wäre: Warum hätte Chidambaram seine politisch einflußreiche Schlüsselposition in der UF-Regierung aufgeben sollen?

Die BJP war im Hinblick auf die Mehrheit im Parlament und Neuwahlen in einer ähnlichen Lage. Damit waren mit der Vorlage des Budgets die Möglichkeiten sowohl für den Congress (I) als auch für die BJP, die UF-Regierung in Schwierigkeiten zu bringen, deutlich vermindert worden. Die innenpolitische Stärkung der UF-Regierung fiel in die Zeit der Ablösung von Premierministerin Bhutto in Pakistan und der Bildung einer neuen pakistanischen Regierung, die zu einer Geste der Versöhnung gegenüber Indien bereit war. Die Folge war im außenpolitischen Bereich, daß die indo-pakistanischen Gespräche am 28. März 1997 auf der Ebene der Staatssekretäre des Äußeren nach 38 Monaten Unterbrechung wiederaufgenommen wurden. Diese Vorentscheidung wurde von beiden Seiten ungeachtet weiterbestehender Gegensätze getroffen. Insbesondere ging es darum, ob die Kashmirfrage das Kernproblem der bilateralen Beziehungen darstelle, worauf Pakistan bestand oder ob, wie Indien forderte, die Gespräche ohne jede Vorbedingung alle Aspekte der Beziehungen wie Handel und Wirtschaftskontakte, kulturelle Beziehungen sowie Informationsaustausch einbeziehen sollten.

Der Congress (I) meldet Machtansprüche an

Unter diesen Vorzeichen selbst für eine Reihe führender Politiker des Congress (I) völlig überraschend, kündigte der Präsident des Congress (I) und unterdessen auch Führer der Congress (I)-Fraktion in der Lok Sabha und im Oberhaus (Rajya Sabha, Sitaram Kesri), Ende März 1997 der zehn Monate alten Minderheitsregierung der United Front die Unterstützung des Congress (I) auf und entzog der UF damit die Fähigkeit zur Mehrheitsbildung im Unterhaus (Lok Sabha). Gleichzeitig meldete er den Anspruch des Congress (I) an, eine neue Regierung zu bilden. Kesri suchte den damaligen Präsidenten Sharma am 30. März 1997 auf, übergab ein entsprechendes Schreiben und verwies vor allem auf die aus Sicht des Congress (I) fortgesetzten Bestrebungen der UF-Regierung, den Congress (I) trotz der ihr gewährten Unterstützung von Entscheidungsfindungen auszuschließen und ihn zu marginalisieren, auf die Unfähigkeit der UF-Regierung, Recht und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten, auf das Abdriften der wirtschaftlichen Entwicklung in Richtung Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit durch die Wirtschaftspolitik der UF-Regierung, auf das Versagen der UF-Regierung bei der Konsolidierung der säkularen Kräfte und der Bekämpfung der kommunalistischen (sprich vor allem: hindunationalistischen) Tendenzen und auf die Vernachlässigung sensibler Verteidigungs- und Sicherheitserfordernisse des Landes. Nach der nunmehr erfolgten praktischen Rücknahme der vom Congress Working Committee am 12. Mai 1996 gefaßten Resolution zur Unterstützung der UF-Regierung sei es nur logisch, daß Premier Gowda und mit ihm die UF-Regierung aufgefordert werden, zurückzutreten. Zugleich sollte dem Congress (I) die Chance gegeben werden, eine neue Regierung zu bilden.

Dieser Schritt Kesris war, wie es scheint, eine einsame Entscheidung. Führende Politiker des Congress (I), darunter vor allem der Kesri in Haßliebe verbundene Sharad Pawar, Sprecher des Congress (I) in der Lok Sabha, sowie Rajesh Pilot, früher Minister in der Regierung Narasimha Rao, und bekannte Opponenten Kesris wie Jagannath Mishra und Suresh Kalmadi äußerten öffentlich ihre Verwunderung darüber, daß Kesri diese Entscheidung getroffen habe, ohne sich in der Partei allseitig zu konsultieren. Politische Beobachter verwiesen in diesem Zusammenhang darauf, daß die in Abwesenheit führender Congress (I)-Politiker getroffene überraschende Entscheidung Kesris darauf abzielte, die Position von Pawar, Pilot und der Rao-Loyalisten im Congress Working Committee zu schwächen und andererseits die Position Kesris (gegen den mehrere Untersuchungen wegen Korruptionsverdacht laufen) zu stärken sowie seinen Anspruch auf das Amt des

Premierministers zu betonen. Stark beeinflusst war der Schritt Kesris anscheinend von der politischen Situation im größten Unionsstaat Uttar Pradesh zu dieser Zeit sowie von den Ereignissen nach den Wahlen im Unionsstaat Punjab. In Uttar Pradesh war im März nach mehrmonatiger *presidential rule*, also der Regierungsübernahme durch die Zentralregierung in New Delhi, eine Koalitionsregierung aus der Unterkasten- und Kastenlosenpartei Bahujan Samaj Party (BSP) und der BJP gebildet worden. Diese Regierung war nur durch das gemeinsame Ziel der beiden antagonistischen Parteien, an die Macht zu kommen, möglich geworden. Der Congress (I) warf der UF vor, diese 'unnatürliche Ehe auf Zeit' nicht verhindert und damit den antisäkularen und kommunalistischen Kräften Vorschub geleistet zu haben. Ebenso habe die UF im Punjab den Congress (I) in seinem Kampf gegen diese Kräfte im Stich gelassen.

Das Führungsgremium (*Steering Committee*) der United Front bezeichnete die vom Congress (I) in dem Brief an Präsident Sharma vorgebrachten Gründe als "ungerechtfertigt, nicht stichhaltig und unhaltbar"; der Congress (I) wurde aufgefordert, "seine Position zu überdenken". An Sharma wurde appelliert, der UF-Regierung eine faire Chance zu geben, ihre Mehrheitsfähigkeit in der Lok Sabha unter Beweis zu stellen. Anlaß zur Rücknahme der Unterstützung des Congress (I) seien in Wirklichkeit nicht Fehler der UF-Regierung, sondern innere Machtkämpfe im Congress (I). Informationsminister und UF-Sprecher S. Jaipal Reddy teilte mit, daß die UF unter Führung Gowdas einer Abstimmung im Unterhaus vertrauensvoll entgegensehen könne. Kommentare in indischen Zeitungen nahmen die Entscheidung Kesris kritisch auf und sprachen von einer Aktion mit dem Ziel, die "eigene Haut zu retten"⁴⁾, von einem Angriff auf die durch Korruption und politische Unsicherheit schon genug kompromittierte indische Demokratie und angesichts des präsentierten liberalisierungs-freundlichen Budgets und der gerade begonnenen Gespräche mit Pakistan von nachteiligen Wirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und auf seine militärische Sicherheit.

Die am 11. April 1997 im Unterhaus gestellte Vertrauensfrage konnte Premierminister Gowda nicht zu seinen Gunsten entscheiden. Gegen Gowda stimmten der Congress (I) und die BJP sowie eine Reihe von Unabhängigen. Vermittlungsversuche sowohl seitens einflußreicher Politiker des Congress (I) als auch solcher der in der United Front kooperierenden Parteien waren zuvor gescheitert. Gowda hatte als letzter Redner vor der Abstimmung auf innen- und außenpolitische Erfolge seiner Regierung (Vorlage eines tragfähigen Budgets 1997/98, neue Initiativen zur Unterstützung der absolut Armen, Subventionen für die Bauern, das Abkommen über die Nutzung des Gangeswassers mit Bangladesh und die Wiederaufnahme der Gespräche mit Pakistan) hingewiesen und den Congress (I) dafür verantwortlich gemacht, das Zusammengehen der säkularen Kräfte gegen die BJP in eigensüchtiger Weise zu sabotieren. Es gebe keinen sachlichen Grund für den Congress (I), die Unterstützung der UF-Regierung aufzugeben; Triebkräfte seien einzig dessen Machtstreben, vor allem aber "die Eile eines alten Mannes" (Kesri ist über 80 Jahre alt), noch Premier werden zu wollen.

Gowda teilte dem indischen Präsidenten Sharma nach der Abstimmung mit, daß er zurücktrete. Der Präsident beauftragte ihn daraufhin mit der Wahrnehmung der Geschäfte. Für Kesri erwies sich die Abstimmung in der Lok Sabha einerseits als Pyrrhussieg: Er erreichte zwar das Ziel, seinen persönlichen Erbfeind Gowda als Premier und nachfolgend auch als Führer der UF auszuschalten, jedoch beauftragte Sharma den Congress (I) bzw. Kesri nicht mit der Bildung einer neuen Regierung. So geriet Kesri im Congress (I) selbst unter starken Druck, da man ihm nunmehr offen vorwarf, die Unterstützung für die UF 'ohne tragfähige Strategie' überstürzt und ohne vorherige Konsultationen mit der Parteiführung, also dem Congress Working Committee, und der Parlamentsfraktion aufgekündigt zu haben. Andererseits setzte sich alles in allem letztlich aber die Meinung durch, daß der Schritt des Parteipräsidenten Kesri zwar nicht die Rückkehr an die Regierung gebracht hat, aber kein schlechter Schachzug war. Er habe der United Front eindeutig klar gemacht, daß sie ohne die Unterstützung des Congress (I) nicht lebensfähig ist und sie diesen daher mit größter Achtung behandeln muß.

Scheitern des Congress (I)-Vorstoßes und Fortsetzung der UF-Koalition unter Gujral

Am 19. April 1997 wählten die in der United Front vereinten Parteien den bisherigen Außenminister der UF-Regierung, Inder Kumar Gujral, zu ihrem neuen Führer und nominierten ihn zum Kandidaten für das Amt des Premierministers. Dieser löste Gowda am 22. April als Regierungschef ab, nachdem er im Unterhaus nach zehnstündiger heftiger Debatte in einer Vertrauensabstimmung – nunmehr wieder mit Unterstützung des Congress (I) – die notwendige Mehrheit nachweisen konnte. Organisator und ‘Königsmacher’ war diesmal der UF-Convenor N. Chandra Babu Naidu, Chief Minister des Unionsstaates Andhra Pradesh. Gujral war von Anfang an gleichsam der ‘kleinste gemeinsame Nenner’, auf den man sich vor allem seitens der Janata Dal, der führenden Partei in der UF-Koalition, einigen konnte. Als Vorzug galt, daß sich seine Beziehungen zum Congress (I) positiv auswirken könnten, aus dem er vor Jahren ausgetreten war; als Nachteil wurde gewertet, daß er mit dem inner- und zwischenparteilichen politischen Machtspiel nicht genügend vertraut sei. Unter dem starken Druck der Führer der UF-Parteien nominierte er alle bisherigen UF-Minister, obwohl er sich vorher freie Hand ausbedungen hatte: “The satraps of the regional parties, who had steered the battered UF through the crisis and were instrumental in installing Mr. Gujral as the new Prime Minister, apparently asked for a price. And the price was to make him adopt the old team almost wholesale.”⁵⁾ Politische Beobachter bestärkte dies in der Annahme, daß Gujral seitens der Koalitionspartner wenig Bewegungsfreiheit gegeben werden würde, was sich späterhin auch bestätigte. Der Tamil Maanila Congress (TMC), dessen Präsident G.K. Mooppanar seine Kandidatur zugunsten von I.K. Gujral zurücknehmen mußte, beschloß nach einer ‘Schmollfrist’, am 30. April 1997 in die Gujral-Regierung einzutreten.

Damit wurde auch der Weg frei für Chidambaram, wiederum als Finanzminister zu amtieren. Er zeigte sich zunächst sehr aktiv bei der Fortsetzung des Liberalisierungs- und Reformprozesses, widmete sich ab Mitte 1997 aber fast nur noch parteipolitischen Aktivitäten in seinem Heimatstaat Tamil Nadu. Dies wirkte sich in der zweiten Hälfte 1997 negativ auf den Fortgang dieses Prozesses aus. Dabei hatte der Internationale Währungsfonds⁶⁾ Indien da-vor gewarnt, das Tempo der Wirtschaftsreformen zu vermindern. Selbst mit der gegenwärtig angestrebten jährlichen Wachstumsrate von sieben Prozent würde es nach Berechnungen des IWF siebzig Jahre dauern, um die gegenwärtige Kluft im Pro-Kopf-Einkommen zu den entwickelten Ländern um die Hälfte zu verringern. Sollte Indien Abstriche vom Reformkurs machen und zu der bis 1991 üblichen durchschnittlichen Wachstumsrate von drei Prozent pro Jahr (ironisch als “Hindu-Wachstumsrate” bezeichnet) zurückkehren, würde sich dieser Zeitraum auf 154 Jahre ausdehnen. China dagegen hätte die Chance, bei Beibehaltung des gegenwärtigen Wachstumstempos in 16 Jahren die Lücke zum Pro-Kopf-Einkommen der entwickelten Länder um 50 Prozent zu verringern.

Am 8. Mai 1997 wurde bestätigt, daß Frau Sonia Gandhi, die Witwe des 1991 von einer LTTE-Aktivistin in einem Kamikaze-Attentat ermordeten ehemaligen Premiers Rajiv Gandhi, mit Wirkung vom 21. März 1997 Mitglied des Congress (I) geworden war. Inoffiziell war zu hören, daß dies mit taktischen Erwägungen Frau Gandhis im Hinblick auf eine Unterstützung Sitaram Kesris zu sehen sei und im Zusammenhang mit ihren Abwehrmaßnahmen gegen mögliche Weiterungen des Bofors-Waffenskandals (in den Rajiv Gandhi verwickelt gewesen soll) steht. Die Entscheidung Frau Gandhis, die zumindest für breite Kreise des Congress (I) als charismatische Persönlichkeit gilt, nährte erneut Spekulationen, daß sie doch noch die Führung des Congress (I) übernehmen werde. In dieser Richtung hatte sie sich nach der Ermordung ihres Mannes letztlich zwar stets verwahrt, mehrfach aber ließ sie erkennen, daß sie zwar keine Ämter in der Partei übernehmen, sich aber für diese in der Öffentlichkeit politisch aktiv einsetzen wolle.

Präsidentenwahl und Regierungskrise in Uttar Pradesh

1997 stand die Wahl eines neuen Präsidenten der Indischen Union an, da die Amtszeit von Präsident Shanker Dayal Sharma am 24. Juli 1997 auslief (diese Wahl findet durch ein nach einem komplizierten Schlüssel gebildetes Wahlkollegium statt, im Prinzip gehören diesem aber die gewählten Mitglieder beider Kammern des

Parlaments sowie der Parlamente der Unionsstaaten und der Unionsterritorien an). Als Kandidat kam vor allem Vizepräsident Kocheri Raman Narayanan in Betracht, ihre Kandidatur meldeten aber u.a. auch der von der BJP unterstützte vormalige Oberlandeswahlleiter T.N. Seshan, die Vizevorsitzende des Oberhauses, Frau Dr. Najma Heptulla, Congress (I), der ehemalige Maharaja von Kashmir und frühere Unionsminister Karan Singh und eine Enkelin Gandhis an. Die Wahl fand am 15. Juli 1997 statt. Narayanan erhielt 94,8 Prozent der Stimmen; am 25. Juli 1997 wurde er für eine Amtszeit von fünf Jahren vereidigt. Damit bekleidet zum ersten Mal ein niedrigkastiger Inder das Amt des Staatsoberhauptes.

Von nachhaltiger Wirkung auf die politische Situation Indiens war die Regierungskrise im bevölkerungsreichsten Unionsstaat Uttar Pradesh (UP) im Oktober 1997, die aus der gescheiterten Koalition der Bharatiya Janata Party mit der Bahujan Samaj Party (BSP) erwuchs. Nachdem diese beiden Parteien ein Zweckbündnis eingegangen und übereingekommen waren, daß zunächst die BSP und danach die BJP den Chief Minister für jeweils ein halbes Jahr stellen sollten, hatte die BSP nach Ablauf ihrer Periode dem nachfolgenden BJP-Chief Minister nach dessen Amtsübernahme die Unterstützung entzogen. Dieser bzw. die BJP konnte offensichtlich durch massiven Stimmenkauf und einer damit zu assoziierenden Spaltung der Congress (I)-Fraktion im Landesparlament jedoch eine Mehrheit im Landesparlament nachweisen. Dabei kam es zu Tumulten und handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten, da die in der Abstimmung unterlegenen Parlamentarier die Korrektheit der Stimmenauszählung anzweifeln. Die Ereignisse in Uttar Pradesh trafen zusammen mit einer Regierungskrise im Unionsstaat Gujarat, wo der Congress (I) der Regionalpartei RJP die Unterstützung entzog, um der BJP zu schaden, jedoch damit objektiv die BJP begünstigte. Die Ereignisse in Uttar Pradesh und Gujarat wurden von der BJP als große Erfolge gewertet. Tatsächlich gingen sie weit über den regionalen Rahmen dieser Unionsstaaten hinaus. Der Congress (I) verspekulierte sich ganz offensichtlich und erlitt, statt wie geplant Nutzen aus den von ihm in beiden Fällen provozierten bzw. mitprovozierten Regierungskrisen zu ziehen, beträchtlichen politischen Schaden. Das Streben des Congress (I) nach erneuter Machtübernahme im Zentrum wurde dadurch eindeutig negativ beeinflusst.

Die angesichts dieser Lage getroffene Entscheidung der Gujral-Regierung, nicht in Uttar Pradesh zu intervenieren bzw. Präsident Narayanan nicht zu ersuchen, dort die *presidential rule*, also die Ablösung der Landesregierung und die Verwaltung des Landes durch die Zentralregierung, zu verkünden, stellte deren Unterstützung durch den Congress (I) erneut in Frage, da Parteipräsident Kesri nach der durch die BJP initiierten Spaltung der Congress (I)-Fraktion im Landesparlament von UP unbedingt Revanche an der BJP üben wollte. Kesri machte gegenüber drei Unionsministern der Gujral-Regierung denn auch unmißverständlich deutlich, daß er sein Verlangen, UP unter *presidential rule* zu stellen, für gerechtfertigt halte. Trotz dieses starken Drucks von Seiten Kesris entsprach die UF-Regierung jedoch nach intensiver Diskussion und gegen die Haltung von Verteidigungsminister Mulayam Singh Yadav (ein Erbfeind des gegenwärtigen BJP-Chief Ministers von UP, von 1989 bis 1991 sowie von 1993 bis 1994 selbst Chief Minister und erneut nach dieser Position strebend) stattdessen dem nach eingehenden Konsultationen mit Verfassungsrechtlern gegebenen Hinweis des Präsidenten, nicht auf *presidential rule* in UP zu bestehen.

Zweiter Griff des Congress (I) nach der Macht

Dies trug wesentlich dazu bei, daß sich die instabile politische Lage Ende November 1997 erneut zu einer Krise entwickelte, die ihren Höhepunkt im Rücktritt der Regierung Gujral fand.

Äußerer Anlaß dieser Entwicklung waren die Auseinandersetzungen um den sogenannten Jain-Report, der die bis-herigen Resultate der Untersuchungen zur Klärung der Ermordung des ehemaligen Congress (I)-Premierministers Rajiv Gandhi zusammenfaßt. Diese Untersuchungen waren unter dem ehemaligen Premierminister Narasimha Rao, ebenfalls Congress (I), jahrelang nur schleppend vorangegangen, wurden nach dem Rücktritt Raos als Premier und als Präsident des Congress (I) jedoch auf Grund des Drängens Sonia Gandhis

nachdrücklicher betrieben. Dabei konnte allerdings der Einfluß der im Spiel befindlichen unterschiedlichen Interessen verschiedenster Seiten nicht ausgeschaltet werden, was bis zum Verschwinden von relevanten Dokumenten führte, so daß nach allgemeiner Ansicht der Jain-Report weder die wahren Hintergründe noch die Drahtzieher und die Beteiligten des Attentats namhaft machen kann. Die bisher bekannt gewordenen Ergebnisse des Reports führten jedenfalls zu Spekulationen, daß sowohl bestimmte Angehörige und Sympathisanten der derzeit im Unionsstaat Tamil Nadu an der Regierung befindlichen Dravid Munnetra Kazaghham (DMK)-Partei, die dort zusammen mit dem Tamil Maanila Congress regiert, als auch der Janata Dal, der Partei von Premierminister Gujral, und sogar des Congress (I) selbst (man vermutet Rao, aber auch Kesri) indirekt oder direkt in den Fall verwickelt sind bzw. Interesse an seiner Nichtaufklärung haben. Durch die vermutete Verwicklung Rajiv Gandhis in die Bofors-Affäre wurde die ganze Angelegenheit zum Skandal ausgeweitet. Sonia Gandhi hat sich übrigens Mitte Januar 1998 vehement gegen solche Vermutungen gewandt und sich für eine Offenlegung aller diesbezüglichen Dokumente ausgesprochen.

Der Congress (I) verlangte von der UF-Regierung ultimativ, die DMK wegen ihrer angeblichen Verstrickung in das Attentat auf Rajiv Gandhi aus der Regierung zu entfernen. Das geschah vorrangig, um dem Druck der breiten Mitgliederschichten des Congress (I) zu willfahren, gleichermaßen aber auch, um dem erklärten Willen Sonia Gandhis Genüge zu tun. Diesem Ultimatum des Congress (I) zu entsprechen, das übrigens in dieser Partei selbst nicht unumstritten war (vorrangig wegen Befürchtungen, daß die innerparteiliche Situation und das Ansehen der Partei bei der Wählerschaft nach der Wahlniederlage 1996 noch nicht gefestigt genug sei und daß durch das erwähnte Ultimatum Neuwahlen provoziert werden könnten, wofür die Partei noch nicht reif sei), weigerten sich sowohl DMK als auch die UF, wobei sie u.a. den Congress (I) beschuldigten, eine Anti-Tamilenkampagne auslösen zu wollen. Auch ein Kompromißvorschlag der zur UF-Koalition gehörenden CPI/M, daß die DMK ausscheide, der UF-Regierung aber von außen Unterstützung gebe, war für alle anderen Beteiligten nicht akzeptabel.

In dieser Situation ließ der Congress (I) klar wissen, daß er im Falle eines Verbleibens der DMK in der UF-Regierung seine Unterstützung von außen aufkündigen werde. Darüber war im Congress Working Committee zunächst keine Einigung erzielt worden, da die Meinungen hierzu extrem geteilt waren. Kesri stand dabei offensichtlich unter enormem Druck des sogenannten Sonia Gandhi Camp (geführt von Arjun Singh) welcher der Auffassung war, daß der UF-Regierung sofort die Unterstützung aufgekündigt werden sollte. Sonia Gandhi selbst, von deren Wohlwollen Kesri parteiintern sehr stark abhängig ist, soll persönlich ihm gegenüber auf der Ausschließung der DMK aus der UF-Regierung insistiert haben. Politische Beobachter verwiesen in diesem Zusammenhang darauf, daß Rajiv Gandhi seinerzeit im Zusammenhang mit der indischen Intervention in Sri Lanka enge Kontakte zur LTTE gehabt habe und die vom Congress (I) provozierte Diskussion um die DMK sich sehr leicht gegen den Congress (I) selbst wenden könne.

Offenbar weil sie dies befürchtete, verhinderte die Congress (I)-Fraktion denn auch die von ihr zunächst geforderte Diskussion um den Jain-Report im Parlament. Sie provozierte am 24. November 1997 tumultartige Szenen und machte durch laufende Zwischenrufe und Sprechchöre gegen die DMK und die UF, die von deren Abgeordneten erwidert wurden, die Parlamentsarbeit unmöglich, dessen beide Häuser daraufhin vertagt wurden. Nach der Vertagung begaben sich (vor allem jüngere) erstmals gewählte Parlamentsmitglieder aller Parteien zu Präsident Narayanan und baten ihn, das Unterhaus nicht aufzulösen und keine Neuwahlen zuzulassen, worauf dieser antwortete, daß er glücklich sein würde, wenn andere Lösungen gefunden werden könnten.

Ende November 1997 lehnte die United Front das Ultimatum des Congress (I) ab, die DMK aus der UF-Koalitionsregierung auszuschließen. Daraufhin entschied das Congress Working Committee nach mehrtägigen Beratungen in seiner Sitzung am 28. November 1997 – wie unterstrichen wurde, „einmütig“ – der UF-Regierung unter Premierminister Gujral die bisher gewährte Unterstützung von außen zu entziehen. Betont wurde, daß diese Entscheidung keine antitamilische Komponente habe. Gleichzeitig damit meldete der Congress (I) seinen

Anspruch auf die Bildung einer neuen 'säkularen' Regierung an. Premierminister Gujral übermittelte Präsident Narayanan noch am gleichen Tage sein Rücktrittersuchen.

Nach dem Rücktritt Gujrals meldeten neben dem Congress (I) auch die United Front und die Bharatiya Janata Party ihren Anspruch auf die Regierungsbildung an. Dabei schloß die UF die regierungsfähige Formierung einer anderen Koalition als die der UF aus. Außerdem teilte UF-Koordinator N. Chandra Babu Naidu Präsident Narayanan schriftlich mit, daß die UF weder eine von der BJP noch eine vom Congress (I) geführte neue Regierung tolerieren werde. Die Kommunisten erklärten, daß sie aus der UF ausscheiden würden, wenn andere UF-Mitglieder mit dem Congress (I) koalieren sollten, um diesen in die UF-Regierung zu integrieren. Jedoch erschien ihnen die Gewährung von Unterstützung von außen in einem solchen Falle nicht ausgeschlossen. Von seiten des UF-Verteidigungsministers und Führers der Samajwadi Party (SP), Mulayam Singh Yadav, wurde auf die Möglichkeit der Bildung einer neuen politischen Front (unter seiner Führung?) zum Zwecke der Regierungsbildung verwiesen.

Um die Mehrheit zu erlangen – 'magische Zahl' zu der Zeit: 271 Abgeordnete –, wäre angesichts der Ende November 1997 gegebenen Sitzverteilung im Unterhaus (vgl. Übersicht) z.B. für die BJP (mit Alliierten 193 Sitze) die Unterstützung bzw. der Übergang von 78 Abgeordneten anderer Parteien zur BJP, für den Congress (I) (mit Alliierten 143 Sitze) sogar von 128 notwendig gewesen. Dabei hätte die BJP nur durch eine Wiederholung ihres Coups im Unionsstaat Uttar Pradesh (Abwerbung von Abgeordneten durch Ministerposten und andere Vorteile) einen solchen Zuwachs erreichen können, da sie nach allen Verlautbarungen als antisäkulare und kommunalistische Partei ansonsten weder für die derzeitigen Partner der UF noch für den Congress (I) oder die Unabhängigen als möglicher Partner in Frage gekommen wäre.

Auflösung der Lok Sabha und Neuwahlen

Am 4. Dezember 1997 verkündete Präsident Narayanan die Auflösung der 11. Lok Sabha. Der Premierminister der UF-Regierung, Gujral, wurde um die Weiterführung der Geschäfte gebeten. Dies geschah, nachdem alle Bemühungen um die Bildung einer neuen Regierung fehlgeschlagen waren. Die indische Landeswahlkommission gab am 1. Januar 1998 bekannt, daß die Neuwahlen zum indischen Unterhaus – aus logistischen und Sicherheitsgründen gestaffelt – am 16., 22. und 28. Februar sowie am 7. März 1998 stattfinden werden.

Gleichzeitig werden Wahlen zu den Landesparlamenten der Unionsstaaten Meghalaya, Nagaland, Tripura, Himachal Pradesh und Gujarat sowie zur Auffüllung von vakanten Sitzen in den Landesparlamenten von 21 anderen Unionsstaaten abgehalten, darunter in drei Wahlbezirken von Jammu und Kashmir erst am 9. März 1998.

Die Auszählung der Stimmen zum Unterhaus war von der Landeswahlkommission zunächst für den 8. März 1998 festgesetzt worden, wurde von ihr dann jedoch, wie es hieß, "auf Drängen politischer Parteien und der Öffentlichkeit"⁷⁾ auf den 2. März vorverlegt. Die Ergebnisse werden demzufolge noch vor dem letzten Wahltermin erwartet, also bevor der Ausgang der Wahlen in einigen minder bedeutenden Wahlbezirken, die das Bild nicht entscheidend beeinflussen können, vorliegt. Das neue Unterhaus soll am 15. März 1998 zusammentreten. Für die Lok Sabha sind 543 Abgeordnete zu wählen: 530 aus den 25 Unionsstaaten und 13 aus den sieben Unionsterritorien; dazu können vom Präsidenten zwei Sitze mit Abgeordneten aus der 'Anglo-Indian community' besetzt werden, wenn solche sich nicht unter den gewählten Unterhausmitgliedern befinden. In rund 900.000 Wahllokalen werden etwa 600 Millionen Wähler an die Urnen gehen. Die Verlässlichkeit der Wahl soll durch Armee- und paramilitärische Einheiten gesichert werden, da man die lokale Polizei für beeinflussbar hält. Die Zeit für den Wahlkampf ist durch die Landeswahlkommission auf knapp zwei Wochen beschränkt worden. Über 200 Parteien, darunter viele kleine unbedeutende Gruppierungen, stellen sich den Wählern. Die Kosten für die Wahlen und den Wahlkampf werden das Land stark belasten. Auch können trotz intensiver Bemühungen der

Landeswahlkommission Unregelmäßigkeiten (Stimmen-kauf, Wählerbeeinflussung durch Druck u.a.) nicht ausgeschlossen werden.

Der Congress (I), insbesondere Parteipräsident Kesri, hat sich offensichtlich gründlich verspekuliert, indem die UF-Regierung zwar zu Fall gebracht wurde, das damit verbundene Ziel der Etablierung einer Congress (I)-Regierung jedoch nicht erreicht werden konnte. Ebenso war die BJP nicht in der Lage, ihre Absicht durchzusetzen, Abgeordnete anderer Parteien, insbesondere des Congress (I), mit Versprechungen zu sich herüberzuziehen und auf diese Weise mehrheitsfähig zu werden.

Die indische öffentliche Meinung reagierte auf die erneute Regierungskrise – die dritte innerhalb von 18 Monaten – sehr gereizt. In den Medien wurde den Politikern aller Couleur unverantwortliches Handeln und sorgloser Umgang mit den Interessen der Nation vorgeworfen. Vielfach wurde die Ansicht geäußert, die Krise sei unter Ausspielung purer Machtinteressen vom Congress (I) provoziert und von der BJP stillschweigend begrüßt worden. Neuwahlen würden in der Zeit bis dahin die bestehende politische Instabilität noch vergrößern, das wirtschaftliche Klima weiter verschlechtern und dem Land zusätzliche enorme Kosten aufbürden, ohne daß eine eindeutige Machtverteilung im Unterhaus durch sie in Aussicht stünde.

Sonia Gandhi hat Mitte Januar 1998 begonnen, für den Congress (I) eine Wahlkampagne zu führen und ihre Tochter Priyanka darin einbezogen. Beide entschieden sich jedoch bis Ende Januar 1998, dem Zeitpunkt, zu dem nach dem Wahlreglement Kandidaturen spätestens angemeldet sein mußten, nicht zu kandidieren. Dem massiv an Sonia Gandhi herangetragenen Ansinnen, die Führung des Congress (I) zu übernehmen (und damit Kesri abzulösen!), entsprach sie bisher ebenfalls nicht. Politische Beobachter führen zumindest vier Gründe an, die gegen eine Kandidatur und damit gegen den aktiven Eintritt in eine politische Position sprechen würden: Zunächst wäre sie zwar zweifellos bereit, alles zu tun, um dem Congress (I) zu einer möglichst hohen Stimmenzahl zu verhelfen, sei sich aber offensichtlich nicht sicher, ob die Ergebnisse für die Regierungsbildung ausreichen würden. Sollte der Congress (I) nicht an die Regierung kommen, könnte sie sich, ohne durch ein Parlamentsmandat belastet zu sein, wieder aus der Politik zurückziehen. Weiterhin hätte sie, obwohl derzeit Haupt der Gandhi/Nehru-Familie, als Ausländerin insbesondere im Norden Indiens zu geringe Chancen, akzeptiert zu werden, außerdem genüge es nicht, 'Gandhi' zu heißen, und schließlich bestünde Grund zu der Annahme, daß vor allem sie selbst, aber auch ihre Familie bei Übernahme eines politischen Amtes weitere Attentatsversuche zu fürchten hätten.

Ausblick

In Indien wird zunehmend der Ruf nach einer stabilen Regierung laut. Insbesondere Vertreter von Wirtschafts- und Bankkreisen äußern, daß die unsichere politische Lage die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes in gravierender Weise behindere: Die langen Auseinandersetzungen zwischen den Hauptparteien vor der Wahl 1996 hätten Indien bereits um ein Jahr zurückgeworfen, die Ereignisse 1997 hätten mindestens ein weiteres Jahr, wenn nicht mehr, gekostet. Dabei werde zwar nicht der Reformprozeß als solcher in Frage gestellt, jedoch erlitten Tempo und Substanz der Reformen weitere schwer oder nicht wiedergutzumachende Verluste.

Dazu kommen die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen in Südostasien seit der zweiten Hälfte 1997, die Indien zu Beginn des Jahres 1998 erreichten und zusätzliche ernste Probleme für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes aufwerfen bzw. noch erwarten lassen. Obwohl Indien zumindest bis Ende Januar 1998, durchaus im Gegensatz zu anderen asiatischen Ländern (vgl. Tabelle), in der Lage war, die indische Rupie trotz eines geringen Wertverlustes zum US-Dollar im wesentlichen stabil zu halten, ist die indische Währung verletzbar geworden. Indische Wirtschaftskreise führen die relative Stabilität der indischen Rupie vielfach darauf zurück, daß diese nur teilkonvertibel ist.

Entwicklung der Währungen asiatischer Länder zwischen Ende April 1997 und dem 15. Januar 1998:

	Abwertung gegenüber dem US-Dollar in Prozent	Wechselkurs zum US-Dollar Ende	
		April 1997	15. Jan. 1998
Indonesische Rupie	180,5	2.460	6.900
Malaysischer Ringgit	72,0	2,50	4,30
Thai Baht	91,8	26,07	50,00
Korean Won	85,5	895	1.660
Indische Rupie	12,4	35,78	40,22

Quelle: *The Times of India*, 20. Januar 1998, und *India Today*, 26. Januar 1998, S. 62, sowie eigene Berechnungen

Die Abwertungen der Währungen anderer asiatischer Länder verbilligen deren Produkte auf dem Weltmarkt, verteuern relativ dazu wichtige indische Exportprodukte, vor allem Edelsteine, Juwelen Leder und Lederwaren, Textilien sowie Garne und verschlechtern somit die Konkurrenzposition indischer Waren. Weiterhin ziehen viele asiatische Portfolioinvestoren ihr Geld aus Indien zurück. Banken und Firmen südost- und ostasiatischer Länder (besonders koreanische, wie Korea Telecom oder Commercial Bank of Korea) schließen einerseits indische Niederlassungen und bauen Personal bis hin zu hochbezahlten einheimischen Führungskräften ab. Andererseits profitieren sie, sofern sie als Importeure von Waren südostasiatischer und ostasiatischer Provenienz tätig sind, von den nunmehr von dorther beziehbaren billigeren Produkten und versuchen ihre Geschäfte in Indien auf dieser Basis auszuweiten. Zum Beispiel hat die indonesische Firma Sinar Mas, die in ihre Papierfabrik Pulp and Paper (India) in Pune einen jährlichen Importbedarf an aus Indonesien importiertem Zellstoff in Höhe von etwa 45 Millionen US-Dollar. Durch den Verfall der indonesischen Rupie verringerten sich die Kosten dafür seit Juli 1997 von 450 auf 400 US-Dollar pro Tonne, wobei dieser Vorteil allerdings durch Preissteigerungen in Indien selbst teilweise wieder absorbiert wird. Weiterhin sind, wie verlautet, führende asiatische Unternehmen wie LG Electronics India, Daewoo Motors India, Samsung u.a. bisher nicht von ihren ehrgeizigen Investitionsplänen in Indien abgegangen.⁸⁾

Von offizieller indischer Seite wird anerkannt, daß die Krisenerscheinungen in Asien Indien beeinflussen, jedoch wird darauf bestanden, daß diese Effekte begrenzt und zeitweilig sind. Indiens wirtschaftliche Grundlagen seien stärker als die betroffener ostasiatischer und ASEAN-Länder. Finanzminister Chidambaram betonte dies Mitte Januar 1998 und verwies auf das niedrige Zahlungsbilanzdefizit, das geringe Niveau der kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten, den guten Stand der Devisenreserven und die relative Isolation Indiens von spekulativen Kapitaltransaktionen. Jeffrey Sachs von der Harvard University äußerte sich in gleicher Richtung. Die gesunde Situation der indischen Devisenreserven und das günstige Verhältnis von kurzfristigen Kapitalanlagen zu langfristigen ausländischen Investitionen verleihe Indien eine gewisse Immunität gegenüber der 'Asiatischen Krise': "Indien ist sicherlich nicht in der Mitte dieser Krise, Indien ist nicht so verletzlich wie einige der von der Krise betroffenen Wirtschaften."⁹⁾

Jedoch sind indische Wirtschaftskreise und -experten darüber besorgt, daß die indische Rupie, wenn auch weniger als andere asiatische Währungen, ebenfalls an Boden gegenüber dem US-Dollar verloren hat. Auch wenn sich wieder mehr Stabilität einstelle, sei dies kaum wiedergutzumachen. Das gegenwärtige Niveau der Devisenreserven ist mit 27,4 Milliarden US-Dollar Mitte Januar 1998 zwar immer noch ansehnlich, jedoch hat sich deren Zuwachsrate seit August 1997 infolge von Verkäufen zur Stützung der Rupie massiv verringert. Im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresperioden nahm sie im August 1997 um 35 Prozent zu, Anfang Januar 1998 dagegen nur um 14 Prozent. Bis Ende 1998 wird ein Stand der Devisenreserven von kaum mehr als 28 Milliarden US-Dollar erwartet, also praktisch keine Zunahme. Die Zuflüsse ausländischen Kapitals haben von

April bis November 1997 im Vergleich zur entsprechenden Periode im Jahre 1996 um 4,6 Milliarden US-Dollar niedriger gelegen (vgl. ebenda). Absehbar ist, daß sich das Verhältnis von anstehenden Verpflichtungen zur vorhandenen Devisendecke Indiens schon bis März 1998 nachhaltig verschlechtern wird. Sollte die asiatische Krise anhalten, dürfte auch Indien dem Strudel auf Dauer wenig entgegensetzen haben. Das aber könnte die bestehenden sozialen Spannungen in ernster Weise verschärfen.

Die Neuwahlen waren zunächst weder von der UF noch vom Congress (I), jedoch von der BJP befürwortet worden, deren Haltung sich in der Hoffnung auf eine Neuauflage der Ereignisse in Uttar Pradesh, also des Übergangs von Congress (I)-Abgeordneten zur BJP, zeitweilig geändert hatte. Da die Pattsituation im Parlament sich jedoch als nicht überwindbar erwies, sprachen sich schließlich alle Parteien unter Schuldzuweisung an die jeweils anderen politischen Kräfte für Neuwahlen aus. Allerdings ist auch der Ausgang von Neuwahlen völlig offen und könnte unter Umständen die bestehende Pattsituation nur reproduzieren.

Die Aussichten der wichtigen Parteien bzw. Gruppierungen sind sehr schwer einzuschätzen. Parteienwechsel wichtiger Persönlichkeiten, schwebende Koalitionsabsprachen, Neugründung von Parteien usw. ändern das Bild laufend. Die Grundtendenz geht aber dahin, daß die BJP reelle Chancen hat, beträchtliche Stimmzahlen zu gewinnen und ihre Präsenz im Unterhaus merklich zu verstärken (ohne eine Mehrheit erreichen zu können). Alles in allem werden der BJP derzeit die größten Aussichten eingeräumt, die Regierung zu bilden. Bei Umfragen rangiert zur Zeit die BJP in der Wählermeinung an vorderster Stelle für zukünftige politische Stabilität – vorausgesetzt, sie würde ihre hindunationalistische Komponente (wahltaktisch bedingt zeitweise oder zukünftig permanent?) hintenansetzen.

Andererseits wird im Hinblick auf den Congress (I) von vielen politischen Beobachtern darauf verwiesen, daß er am ehesten Garant für säkulare Demokratie sei, immer noch die einzige allindische Partei darstelle und trotz seiner Schlappen bei der letzten Unterhauswahl und in verschiedenen Wahlen zu den Landesparlamenten Überlebenskraft bewiesen habe. Wenn der 'Sonia-Faktor' anschlage und bestimmte Wahlbündnisse realisierbar seien, könnte er seinen bisherigen Stimmenanteil annähernd halten. Augenscheinlich ist, daß der zum Ende des vorigen Jahres erfolgte Eintritt Sonia Gandhis in den Wahlkampf und ihr aktives Auftreten in der Öffentlichkeit zugunsten des Congress (I) zunächst den beachtlichen Effekt gehabt hat, die im November/Dezember 1997 aufgekommene Gefahr einer Spaltung dieser Partei abzuwenden. Ob der Einsatz Sonia Gandhis den vom Congress (I) erhofften und für eine erneute Übernahme der Regierung notwendigen massiven Stimmenzuwachs bringt, ist offen.

In jedem Falle wird Sonia Gandhi als einer der möglichen künftigen Kandidaten für das Amt des Premierministers genannt. Auf die Frage, wer den fähigsten Premierminister abgeben könne, sprachen sich in zwei Ende Januar 1998 veröffentlichten Umfragen 44 bzw. 42 Prozent der Befragten für A.B. Vajpayee, 25 bzw. 23 Prozent für Sonia Gandhi, fünf bzw. sieben Prozent für I.K. Gujral, vier Prozent für Jyoti Basu (den CPI/M-Chief Minister von Westbengalen), zwei Prozent für Sitaram Kesri und der Rest für eine Reihe anderer Kandidaten aus.¹⁰⁾ Dabei ist zu beachten, daß Sonia Gandhi, auch wenn sie gegenwärtig nicht für einen Sitz im Unterhaus kandidiert, bei einem Wahlergebnis des Congress (I), das ihn regierungsfähig macht, entsprechend der indischen Verfassung vom Präsidenten durchaus mit der Regierungsbildung beauftragt werden könnte, obwohl sie sich dann innerhalb von sechs Monaten um einen Sitz entweder im Unterhaus (über Nachwahl) oder im Oberhaus (Nachnominierung) bewerben und diesen erreichen müßte. Das aber kann ohne weiteres als realisierbar angenommen werden.

Die Chancen der United Front, wieder an die Regierung zu kommen, werden als nicht allzu hoch eingeschätzt. Dies war allerdings auch im Vorfeld der letzten Wahlen 1996 der Fall gewesen, trotzdem waren die Linksparteien über eine Koalitionsbildung und mit Unterstützung des Congress (I) von außen an die Macht gekommen.

Eine Meinungsumfrage, die an einem der ersten Tage im Januar 1998 veröffentlicht worden war, hatte folgendes Ergebnis:

Partei	Sitzverteilung im Unterhaus			Stimmenanteil			
	Stand Mai 1996	Umfrage Jan. 1997	Umfrage Dez. 1997	Stand Mai 1996	Umfrage Jan. 1997	Umfrage Dez. 1997	Veränderung- seit Mai 1996
BJP und Alliierte	194	240	234 -249	23,5	28,0	29,9	plus 6,4
Congress (I) und Alliierte	139	115	150 -165	28,1	26,7	29,8	plus 1,7
United Front	179	170	120 -135	28,5	27,0	21,7	minus 6,8

(Alliierte nach jeweiligem Stand; Rest zu hundert Prozent: Unabhängige)

Quelle: *India Today*, 5. Januar 1998, S.14.

Weitere, etwas später veröffentlichte Meinungsumfragen bestätigten bisher dieses Bild im wesentlichen, verschoben es allerdings noch beträchtlich zugunsten der BJP und stark zuungunsten der United Front. Hier wurden der BJP mögliche 30,5 bzw. sogar 35,5 Prozent der Stimmen (das heißt plus sieben bzw. 12 Prozent zu 1996), dem Congress (I) 28,5 bzw. 27,5 Prozent (plus 0,4 bzw. minus 1,5 Prozent), der United Front und der Left Front 23,0 bzw. nur 18,7 Prozent (minus 5,5 bzw. minus 10!) und unabhängigen Kandidaten 18,0 bzw. 18,3 Prozent (minus 1,9 bzw. minus 0,5) zugeordnet.¹¹⁾

Sitzmäßig würde das auf Grund des Mehrheitswahlrechtes für die politischen Hauptkräfte bedeuten:¹²⁾

	<i>India Today</i> 5. Januar 1998	<i>Outlook</i> 26. Januar 1998	<i>Times of India</i> 31. Januar 1998
BJP und Alliierte	234-249	238	254
Congress (I) und Alliierte	150-165	149	150
United Front/ Left Front	120-135	123	81
Andere (Unabhängige)	?	33	58

Trotz der erneuten Regierungskrise und vieler gravierender Probleme kann Indien nach wie vor als eine gefestigte säkulare parlamentarische Demokratie angesehen werden, gekennzeichnet in erster Linie durch einen verfassungsmäßig wie auch in der Praxis abgesicherten Grundkonsens über die politische und wirtschaftliche

Ordnung, ein weit-gefächertes Mehrparteiensystem, eine rechtlich verankerte und im Prinzip funktionierende Gewaltenteilung, quasi-föderale Strukturen sowie eine freie Presse. In den 50 Jahren unabhängiger Existenz seit 1947 hat dieses Schlüssel-land im Süden Asiens von Beginn an demokratische und pluralistische Strukturen ausgebildet und ist von diesen bisher nie ernsthaft abgewichen. Zweifellos aber existieren eine Vielzahl von Problemen bei der Aufrechterhaltung dieser Strukturen und ihrer weiteren Entwicklung (darunter vor allem in den Fragen der Aufrechterhaltung der politischen Kultur, des sozialen Ausgleichs und der Menschenrechte), für die das Land adäquate Lösungen finden muß. Die Bedeutung der Bewahrung und Weiterentwicklung einer freiheitlich-demokratischen, rechtsstaatlichen und auf soziale Marktwirtschaft gerichteten inneren Verfassung Indiens, der bevölkerungsmäßig größten Demokratie der Welt, für die regionale Stabilität und die Entwicklung in Südasien sowie für den Frieden im asiatisch-pazifischen Raum und für die internationale Sicherheit liegt auf der Hand.

Das Manuskript wurde am 31. Januar 1998 abgeschlossen.

-
- 1) Vgl. Gert W. Kück, "Indien und die Parlamentswahlen 1996. Bemerkungen zur nationalen und internationalen Situation des Landes", in: *KAS-Auslandsinformationen* 7/96, S. 14-46.
 - 2) Vgl. Gert W. Kück, "Entwicklungsperspektiven politischer Parteien in Südasien", in: *KAS-Auslandsinformationen* 12/95, S. 10-29, sowie Dietmar Rothermund (Hrsg.), *Indien - Kultur, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Umwelt. Ein Handbuch*, München 1995, S. 401-408.
 - 3) Government of India, Ministry of Finance, Economic Division, *Economic Survey 1996-97*.
 - 4) *The Indian Express*, 31. März 1997.
 - 5) *Times of India*, 22. April 1997.
 - 6) *World Economic Outlook*, Washington 1997/I.
 - 7) *The Indian Express*, 21. Januar 1998.
 - 8) *Business World*, New Delhi, 22. Januar 1998, S. 53.
 - 9) *The Times of India*, 19. Januar 1998.
 - 10) *Outlook*, New Delhi, 26. Januar 1998, S. 33; *The Times of India*, 31. Januar 1998.
 - 11) Vgl. *Outlook*, New Delhi, 26. Januar 1998, S. 33; *The Times of India*, 31. Januar 1998.
 - 12) ebd.

Prof. Dr. Gert W. Kück ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Indien.